

Politische Entscheidungen während der Pandemie verbessern: gemeinsames Forschungsprojekt zu evidenzbasierter Politik

München/Magdeburg, 11.11.2021. Die Hochschule für Philosophie München (HFPH) und die Medizinische Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg starten eine einzigartige interdisziplinäre Zusammenarbeit von Politischer Philosophie und Public Health zur Untersuchung evidenzbasierter Politik (EBP). Das Forschungsprojekt „Politics in Search of Evidence (PoSEvi) – The Role of Political Philosophy and Public Health in the political responses to COVID-19“ beleuchtet das Verhältnis von Politik und Wissenschaft aus philosophischer und sozialmedizinischer Perspektive mit besonderem Fokus auf politisches Handeln in der COVID-19-Pandemie. Ziel ist es, eine fundierte Theorie wissenschaftlich informierter demokratischer Politikgestaltung zu entwickeln.

Forschungsproblem: Sicherheit bei Entscheidungsprozessen

Bürger*innen erwarten von der Politik rasche Lösungen für gesellschaftliche Probleme. Die „richtigen“ politischen Entscheidungen sind insbesondere in Zeiten von Krisen zügig gefordert – das hat die COVID-19-Pandemie einmal mehr deutlich gemacht. Um Sicherheit in komplexen Sachlagen zu garantieren, bilden wissenschaftliche Erkenntnisse oft die notwendige Entscheidungsgrundlage. Evidenzbasiertes politisches Handeln, also die wissenschaftsbasierte Begründung politischer Maßnahmen, erscheint hier eine plausible Lösung, die das Sicherheitsbedürfnis bedient.

Während der Pandemie mussten politische Entscheidungen jedoch unter Bedingungen extremer, auch wissenschaftlicher Unsicherheit getroffen werden. Die Politik stand daher weiterhin vor dem Problem der Legitimierung verschiedener Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Das Projekt soll deswegen klären, welche anderen Wissensformen im politischen Entscheidungsprozess hinzugezogen werden müssen, um ein neues, breiteres Verständnis von EBP grundzulegen.

Interdisziplinärer Forschungsansatz

Am 1. Oktober 2021 ist das gemeinsame Forschungsprojekt der beiden Universitäten unter der Leitung von Prof. Dr. Michael Reder, Professor für Praktische Philosophie an der HFPH, und Prof. Dr. Christian Apfölbacher, Direktor des Instituts für Sozialmedizin und Gesundheitssystemforschung (ISMG) der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, gestartet. Das Projekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit insgesamt knapp einer halben Million Euro für einen Zeitraum von drei Jahren gefördert.

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit ermöglicht einen multidimensionalen Ansatz, der unterschiedliche wissenschaftliche Perspektiven integriert, die sich wiederum gegenseitig befragen und ergänzen. Während im Public Health-Teilprojekt erforscht wird, wie Epidemiolog*innen und Public Health-Wissenschaftler*innen das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in den verschiedenen Phasen der Pandemie erlebt haben, wird es auf philosophischer Seite darum gehen, politische Statements zur Pandemie einer normativen Rekonstruktion zu unterziehen, gerade auch hinsichtlich ihrer impliziten Konzepte und damit verbundenen Normen. Prof. Reder erläutert das Vorgehen:

„Besonders interessant wird es sein, zu klären, welchem (Selbst-)Verständnis die Akteurinnen und Akteure in Politik und Wissenschaft anhängen, welche Auffassungen der jeweiligen Kompetenzen und Rollen also tatsächlich wirkmächtig sind und in welchem Maße sich die politische Entscheidungsfindung in der Pandemie auf wissenschaftliche Erkenntnisse gestützt hat bzw. nicht gestützt hat. Außerdem wollen wir

einen genaueren Blick darauf werfen, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit insbesondere demokratische Politik ein gutes Wissensfundament hat – das berührt dann auch Themen wie Wissenschaftskommunikation, Bildung und demokratische Partizipation“.

„Die Zusammenarbeit verstehen wir als wechselseitigen Prozess des Verstehens und Lernens: Beispielsweise können wir am ISMG aus unserer Perspektive von Sozialmedizin, Public Health und Versorgungsforschung dabei unterstützen, philosophische Analyseschritte und theoretische Konzepte auf ihre Verständlichkeit und ihren Anwendungsbezug hin zu hinterfragen. Zeitgleich können wir mit unserer qualitativen Teilstudie ein empirisches Fundament zur Verfügung stellen, mit welchem die Philosophinnen und Philosophen ihre theoretische Arbeit für ein integratives EBP-Verständnis fortsetzen können“, so Prof. Apfelbacher über den engen Austausch beider Disziplinen.

Das eröffnet die Möglichkeit, am Ende zu einer belastbaren und handlungsleitenden Konzeption von politischer Entscheidungsfindung und wissenschaftlichen Erkenntnissen zu kommen. Das Projekt trifft also die Wirklichkeit und die damit verbundenen realen Herausforderungen und soll Entscheidungsträger*innen im besten Fall unterstützen.

Weiterführende Informationen:

Link zum Forschungsprojekt (HFPH): www.hfph.de/posevi

Link zum Forschungsprojekt (ISMG): <http://ismg.med.ovgu.de/Forschung.html>

Link zum Pressefoto von Prof. Dr. Michael Reder: www.hfph.de/pressefoto-reder

Link zum Pressefoto von Prof. Dr. Christian Apfelbacher:

http://www.med.ovgu.de/unimagdeburg_mm/Bilder/fme/prst/news/2019/Prof_+Apfelbacher-p-79904.jpg

Kontakt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der HFPH

Kristina Kleiß

+49 (0)89-2386-2431

presse@hfph.de

www.hfph.de/presse

Pressestelle Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Medizinische Fakultät

Friederike Süssig-Jeschor

+49 (0)391-67-27123

friederike.suessig-jeschor@med.ovgu.de

<http://www.med.uni-magdeburg.de>